Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur

Veranstalter: Norbert Frei, Institut für Zeitgeschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena
Datum, Ort: 10.12.2009-12.12.2009, Jena
Bericht von: Ulrike Schulz, Institut für Geschichte, Universität Bielefeld

Sechs Jahrzehnte aktengestützter empirischer Forschung und mittlerweile zwei Forschergenerationen haben eine Vielzahl von wissenschaftlichen Ergebnissen zur Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte des Nationalsozialismus hervorgebracht. Seit Beginn der 1990er-Jahre hat dieser Forschungszweig der NS-Historiographie noch einmal eine bis dahin ungekannte Konjunktur erlebt. Zum einen standen nach dem Systemumbruch 1989 neue Quellen staatlicher Provenienz zur Verfügung, zum anderen sahen sich westdeutsche Großunternehmen und Banken durch die kritische öffentliche Diskussion um die Zwangsarbeiterentschädigung mehr und mehr gezwungen, ihre Archive zu öffnen. Seit ein paar Jahren flaut dieser Forschungsboom allerdings wieder ab, viele wissenschaftliche Großprojekte sind abgeschlossen und auch das öffentliche Interesse am Thema hat merklich abgenommen.

Auf Einladung des Lehrstuhls für Zeitgeschichte an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena trafen sich vom 10.-12. Dezember 2009 ausgewiesene Experten beider Forschergenerationen, um die oftmals kontrovers diskutierten Erträge dieser Forschung zu rekapitulieren und kritisch zu evaluieren. Die Tagung bildete zugleich den Abschluss des am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität angesiedelten Projektes zur Konzerngeschichte von Friedrich Flick.[1]

In seinem Eröffnungsvortrag stellte NORBERT FREI (Jena) die Wirtschaft des „Dritten Reiches“ noch einmal als den Untersuchungsgegenstand heraus, der die schärfste Deutungsdifferenz zwischen den beiden westdeutschen Forschergenerationen - *Frontsoldaten- und Flakhelfergeneration* und auf diese folgend die *1968er-Generation* – erbracht hatte. An der Frage „Primat der Politik“ oder „Primat der Ökonomie“ schieden sich während des Generationenwechsels in den 1970er-Jahren die Geister. Doch obwohl sich im Verlaufe dieser Auseinandersetzung der „Primat der Politik“ gegenüber der Wirtschaft im „Dritten Reich“ wissenschaftlich durchgesetzt hatte, scheint sich die allgemeine Dichotomie - hier das NS-Regime, dort die Wirtschaft - bis heute hartnäckig zu halten. Frei kritisierte, dass vor allem die unternehmensgeschichtliche Forschung völlig auf die Fragen nach Motiven jenseits des Ökonomischen verzichtet hätte. Damit stünde nun recht eigentlich ein „gedoppelter Primat“ im Raum: Neben oder unterhalb des Primats der Politik *über* die Wirtschaft gäbe es auch noch den Primat der Wirtschaft *in* der Wirtschaft. Warum sei in der Wirtschaftsgeschichte etwa so viel von unternehmerischer Eigenlogik und so wenig vom außerökonomischen Eigensinn die Rede? Sei es nicht denkbar, dass Unternehmer Entscheidungen nicht aus ökonomischen Zwängen, sondern aufgrund politischer Überzeugungen getroffen hätten? Anstatt aber ihren Untersuchungsgegenstand in einem solchen Fragehorizont zu verorten, leistete sich die Wirtschaftsgeschichte den „Luxus“ für die deutschen Unternehmen und die Unternehmer so etwas anzunehmen wie ein eigens eingegangenes Beziehungsverhältnis zum Nationalsozialismus. Für Frei existierten keine zwei Entitäten: Wirtschaft und Nationalsozialismus. Aus diesem Grund plädierte er aus Sicht des Zeithistorikers für eine Überwindung dieser gängigen Dichotomie, um mehr auf die *Rolle* oder der *Funktion* der Wirtschaft *im* Nationalsozialismus zu fokussieren. Man müsse die Wirtschaft zwischen 1933 und 1945 als die Wirtschaft *des* Nationalsozialismus in den Blick nehmen. Frei betonte, dass es ihm hierbei nicht um Wortklauberei ginge, sondern um einen „Unterschied ums Ganze“. Denn von dieser Grundannahme ausgehend könne man beim derzeitigen Stand der NS-Forschung diese Art überkommener Kontroversen endlich hinter sich lassen.

Vor dem Hintergrund des nur wenige Tage vor der Konferenz veröffentlichten Streitgesprächs zwischen dem amerikanischen Unter-

[1] Norbert Frei u.a., Flick. Der Konzern, die Familie, die Macht, München 2009.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

nehmenshistoriker Peter Hayes auf der einen Seite und den Mannheimer Wirtschaftshistorikern Christoph Buchheim und Jonas Scherner schien diese Anregung in gewisser Hinsicht ad absurdum geführt worden zu sein.[2] Denn die Streitfrage lässt sich ironischerweise als jüngste Neuauflage der alten „Primatdebatte“ deuten: Während Hayes auf dem Zwangscharakter des NS-Regimes insistiert und damit die Handlungsspielräume der Unternehmer als vom Staat stark eingeschränkt ansieht, bestreiten der kürzlich verstorbene Buchheim und Scherner diese Sicht. Sie gehen vielmehr davon aus, dass nicht nur die privaten Eigentumsrechte gesichert blieben, sondern die Verhandlungen zwischen Unternehmen und Staat selbst in der stark staatlich regulierten Rüstungswirtschaft in der Mehrzahl zu Gunsten der rationalen und langfristigen Handlungsperspektiven der Unternehmer verlaufen sind. Diese hätten demnach nicht nur weitgehende Entscheidungsspielräume besessen, sondern auch die mit dem Staat abgeschlossenen Verträge zu ihren Gunsten gestaltet. Diese fachinterne Debatte fand auf der Konferenz starken Widerhall und drückte der Diskussion von Beginn an ihren Stempel auf. Dabei herrschte in der Bewertung der Frage keineswegs Konsens und es fanden sich Fürsprecher für beide „Lager“. Ohne die Argumente detailliert aufzuzeigen, belegen allein die intensiven und teils emotionalen Diskussionen um diese Streitfrage, dass es sich bei der Konferenz um den zwar berechtigten aber dennoch als sehr vorläufig zu betrachtenden Versuch der „Historisierung einer Forschungskonjunktur“ handelte. Man sollte wohl vielmehr von einer ersten Bilanz im Lichte der neuen Forschungen sprechen.

Ganz im Sinne der angestrebten Historisierung stand zunächst die „alte Primatdebatte“ in der ersten Sektion zu Verläufen der Forschung erneut auf der Agenda. In seinem Beitrag nahm RALF AHRENS (Potsdam) den Impuls aus dem Eröffnungsvortrag für seine Lesart von Franz Neumanns „Behemoth“ auf. Neumann interpretierte das Herrschaftssystem des „Dritten Reichs“ als Elitenkartell, als Koalition oder pragmatisches Bündnis. Die zentralen Veränderungen lägen nicht in den Rechtsgrundlagen, die dem Staat größere Eingriffsmöglichkeiten in die Wirtschaft sicherten. Entscheidend war für Neumann vielmehr, dass die NS-Wirtschaft sowohl von privaten Konzernen beherrscht gewesen sei als auch die Struktur einer staatlichen Befehlswirtschaft angenommen habe. Neuere Forschungen haben Neumanns These insofern bestätigt, als es sich bei der NS-Wirtschaft bis zum Schluss um ein kapitalistisches Wirtschaftssystem und nicht etwa um eine staatliche Zentralplanwirtschaft handelte. Allerdings änderte sich das Gesamtgefüge der deutschen Wirtschaft binnen weniger Jahre gründlich. Zwar könne man aus ökonomischer Sicht das Verhalten der Unternehmer als rational unter veränderten Marktbedingungen deuten. Aus ethischer Sicht handelte es sich aber um einen dramatischen Verfall moralischer Verhaltensstandards. Beides fand gleichzeitig, im Rahmen ein und desselben Gewöhnungsprozesses statt. Ahrens schlug im Gefolge seiner Re-Lektüre des „Behemoth“ vor, eine zwar kurzlebige aber neue Elitenkonstellation zu untersuchen, in der Unternehmer zwar zweckrationale Unternehmer blieben, sich aber ihre Wertrationalität grundlegend veränderte.

CAROLA SACHSE (Wien) ließ die „Primatkontroverse“ der 1960er- und 1970er-Jahre gleichsam als „Zeitzeugin“ noch einmal aufleben und berichtet von den Motiven und Forschungserträgen ihrer bedeutendsten Repräsentanten. In Bezug auf die Forschungsdebatten in den zurückliegenden Jahrzehnten machte Sachse ebenfalls vor allem Dichotomien aus, welche die ursprüngliche „Primatkontroverse“ orchestriert hätten: Politik oder Industrie, Nationalsozialismus oder Wirtschaft, Intention oder Struktur, Ideologie oder Ökonomie. Allerdings stellte Sachse im Gegensatz zu Norbert Frei fest, dass sich diese Dichotomien in den 1990er-Jahren mehr und mehr aufgelöst hätten. Seitdem ginge es um die möglichst konkrete Identifizierung und Beschreibung von konkreten Handlungen von benennbaren Personen und Personengruppen

[2] Zur Debatte, vgl.: Peter Hayes, Corporate Freedom of Action in Nazi Germany, in: GHI Bulletin 45 (Fall 2009), S. 29-42; Christoph Buchheim / Jonas Scherner, Corporate Freedom of Action in Nazi Germany: A Response to Peter Hayes, in: GHI Bulletin 45 (Fall 2009), S. 43-50; Peter Hayes, Rejoinder, in: GHI Bulletin 45 (Fall 2009), S. 52-55.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

sowie von entsprechenden Maßnahmen institutioneller Akteuren.

Die Befunde von JÖRG OSTERLOH (Frankfurt am Main) über die marxistische Interpretation der NS-Wirtschaft konnten kaum überraschen – zu eindimensional und ideologisierend ging die SED in der SBZ/DDR mit dem Thema um. Die offizielle Version war und blieb abhängig vom Diktum Georgi Dimitroffs aus dem Jahre 1935, der zufolge der Faschismus die »offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« war. Die Frage nach der Verantwortung der »Monopole« für die Verbrechen des »Dritten Reiches« war eindeutig geklärt: schuldig waren die „Monopolherren". Dieses Diktum war nicht nur Gegenstand der Propaganda, die die ersten eigentumsrechtlichen Maßnahmen begleitete und diese später immer wieder aufs Neue rechtfertigen sollte, sondern zog sich in der DDR wie ein roter Faden auch durch die geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. In der DDR entstanden auf dieser ideologischen Grundlage rund 2.000 Betriebsgeschichten. Die Darstellungen nahmen in der Regel den einzelnen Betrieb in den Blick, ließen aber weitere Verflechtungen und Zusammenhänge außer Acht.

Für einen Perspektivwechsel sorgte der Vortrag von TIM SCHANETZKY (Jena), der den Blick auf das Zusammenspiel von Öffentlichkeit, Unternehmen und Geschichtswissenschaft in den 1980er-Jahren lenkte. Schanetzky berichtete über eine „lebhafte Kampfsituation" in diesem Jahrzehnt, in der eine zunehmend kritische Öffentlichkeit die deutschen Industriellen zwang, sich dem Thema zu stellen. Standen letztere zunächst kollektiv als ein „Bollwerk der Ablehnung" gegen jede Initiative zusammen, war diese Verweigerung Ende der 1980er-Jahre nicht mehr opportun. Letztlich wurde die Wende von den „Neuen Sozialen Bewegungen" erzwungen, in dem das Thema Zwangsarbeit kontinuierlich skandalisiert wurde. Die Weigerung der Unternehmer, den Zugang zu den Akten zu öffnen oder Entschädigungen zu zahlen, verstärkte das Mobilisierungspotenzial diese Bewegung von „unten". In der Geschichtswissenschaft wurde dieser „Habitus der Gegenkultur" ebenfalls aufgenommen. Es kam sowohl zu einer mikroökonomischen Wende in den Fragestellungen als auch die wissenschaftlichen Standards der Unternehmensgeschichte kritisch diskutiert wurden.

CORNELIA RAUH (Hannover) eröffnete die zweite Sektion zu Erträgen der Forschung mit ihrem Vortrag über die spezifische Verbindung zwischen Bürgerlichkeit und Unternehmertum im Nationalsozialismus. Dieser Zusammenhang wurde vergleichsweise selten in der Forschung aufgegriffen, obwohl er wichtige Aufschlüsse über die „Zwangslagen und Handlungsspielräume" von Unternehmern in der NS-Zeit verspricht. Rauh setzte sich daher vehement für einen erfahrungsgeschichtlichen Zugang ein und forderte dazu auf, die Wirtschaftsbürger nicht auf ihre ökonomische Rolle als Unternehmer zu reduzieren, sondern die Handlungsfelder von Unternehmern als Arbeitgeber, privater Investor aber auch als Parteigenosse zu untersuchen. So käme man den Handlungsspielräumen deutscher Unternehmer ein gutes Stück näher.

JONAS SCHERNER (Mannheim) zeigte sich weitgehend unbeeindruckt von den Diskussionen um die Hayes-Buchheim/Scherner-Debatte und wiederholte für das Auditorium noch einmal die wichtigsten Argumente seiner Position. Nach Scherner handelte der NS-Staat im Allgemeinen marktkonform, um seine wirtschaftspolitischen Ziele zu erreichen. Dazu entwickelte der Staat ein Bündel aus Vertragsoptionen, um die Unternehmen für seine Zwecke einzuspannen. Verträge wurden danach größtenteils auf freiwilliger Basis geschlossen. Zwang, ob direkter oder indirekter Art, blieb die Ausnahme. Der Markt blieb, obwohl vielfältig restringiert, der entscheidende Maßstab für Investitionsentscheidungen.

Im darauf folgenden Beitrag von CONSTANTIN GOSCHLER (Bochum) standen die Themen Zwangsarbeit und „Vernichtung durch Arbeit" noch einmal im Fokus. Goschler wählte ebenfalls einen integrierten Ansatz und fragte, wie sich das Thema über wissenschaftsinterne und wissenschaftsexterne Faktoren veränderte, inwiefern sich beispielsweise die Definition der nationalsozialistischen Zwangsarbeit in Wechselwirkung mit juristischen Auseinandersetzungen, poli-

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

tischen und öffentlichen Debatten und nicht zuletzt mit den biographischen Selbstdeutungen der individuell Betroffenen wandelte. Dabei ließen sich drei Phasen unterscheiden, in denen die Initiative zwischen verschiedenen Feldern wechselte und damit auch die Definitionsinstanzen. Von den späten 1940er- bis in die 1970er-Jahre waren es vor allem juristische und politische Auseinandersetzungen, welche das Thema Zwangsarbeit definierten. In den 1980er-Jahren gewann die Zeitgeschichte die Definitionshoheit, wobei sie ihrerseits einen engen Zusammenhang mit politischen Auseinandersetzungen einging. Seit den 1990er-Jahren verstärkte sich wiederum das Gewicht verschiedener anderer Akteure: Die Notwendigkeit der rechtlichen Regelung der Zwangsarbeiterentschädigung auf nationaler und internationaler Ebene zwang die Zeitgeschichte, sich auf die Logiken von Politik und Wirtschaft einzulassen.

Den letzten Beitrag des ersten Konferenztages steuerte DIETER ZIEGLER (Bochum) zu einem der Hauptthemenfelder des Forschungsbooms der 1990er-Jahre bei: „Arisierung", Raub und Expansion. Auch Ziegler bezog sich auf die Beteiligung der deutschen Unternehmer in diesem Geschäft und damit an den Verbrechen des Regimes. Er betonte die Veränderung von moralischen Standards als Erklärungszusammenhang und beschrieb eindringlich, wie der Rassismus langsam in den Geschäftsverkehr einsickerte und die alten Standards der Kaufmannsmoral erodieren ließ. Die Gewöhnung an die Diskriminierung von Juden sowie die Stabilisierung des politischen Systems führten dazu, dass immer weniger Zurückhaltung gegenüber den Vertrags-„Partnern" geübt wurde. Dafür dürfte neben der Korruptionsanfälligkeit, die allen Diktaturen innewohnt, wohl der Rassismus der Nationalsozialisten ausschlaggebend gewesen sein.

Die Konferenz schloss am darauf folgenden Tag eine Podiumsdiskussion unter der Moderation von Norbert Frei ab. Da diese nicht nur personell stark besetzt war, sondern auch gut zweieinhalb Stunden dauerte, lassen sich nur einige wenige Reflexionen daraus wiedergeben. TIM ARNOLD (Berlin) als damaliger Assistent der Geschäftsleitung und HELEN MÜLLER (Gütersloh) als derzeitige Verantwortliche für die historische Öffentlichkeitsarbeit berichteten am Beispiel des Unternehmens Bertelsmann aus der Praxis eines typischen Großforschungsprojektes der 1990er-Jahre.

LUTZ NIETHAMMER (Jena) reflektierte über seine Erfahrungen mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft". Bei den Verhandlungen über die Zwangsarbeiterentschädigung ging es laut seiner Einschätzung weniger um bürgerliche Werte oder Reflexionen über Moral, als vielmehr um die Einigung über die aufzuwenden Mittel, weswegen Niethammer davor warnte, die wissenschaftliche Debatte ohne die wirtschaftlich rationalen Handlungsmuster von Unternehmern zu führen und sich zu stark von einem bürgerlichen „Wertehimmel" leiten zu lassen.

NEIL GREGOR (Southampton) pflichtete dem indirekt bei, indem er die Frage aufwarf, inwiefern die Großvorhaben der 1990er-Jahre von ihren Auftraggebern beeinflusst wurden. Obwohl viele Einzelprojekte dazu beitrugen, Standards für die Auftragsforschung klarer zu definieren, werde zu wenig über die Auswirkungen auf die wissenschaftlichen Fragestellungen in ihrer Gesamtheit nachgedacht.

HANS-GEORG SOEFFNER (Essen) reflektierte über die Vorträge der Konferenz aus der Sicht des Soziologen. Er insistierte dabei darauf, den Begriff des „Zwanges" stärker zu reflektieren, um die „Primatdebatte" überhaupt sinnvoll führen zu können. Nach seinem Dafürhalten setze Herrschaft immer den Rahmen, innerhalb dessen agiert werde, weswegen Fragen von Machtverhältnissen und ihre Widerspiegelung in der Gesellschaft nicht ausgeklammert werden dürften. JOSE BRUNNER (Tel Aviv) wies daraufhin, dass Kontroversen wie die „Primatdebatte" der Semantik der Einfachheit folgten. Dies seien Hilfskonstruktionen, denn komplexe Fragestellungen bräuchten Vereinfachungen, um kommunizierbar zu sein. Letztlich läge es aber am Ziel der Fragestellungen in der wissenschaftlichen Forschung, welches Niveau man einnehmen wolle.

Am Ende zeichnete sich der Konsens ab, dass es für eine Synthese und Historisierung wohl noch zu früh ist. Für eine erste Bilanz war die Tagung jedoch ausgesprochen interessant und von hoher Qualität, denn die Kon-

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

tinuität der Streitfrage verstellte tatsächlich den Blick dafür, wie ausdifferenziert und vor allem entideologisiert die Argumente zu ihrer Beantwortung - sowohl in der Wirtschaftsgeschichte als auch der Zeitgeschichte - mittlerweile sind.

Konferenzübersicht:

Eröffnungsvortrag
Norbert Frei (Jena): Die Wirtschaft des „Dritten Reiches". Überlegungen zu einem Perspektivenwechsel.

Erste Sektion: Verläufe der Forschung

Ralf Ahrens (Potsdam): Die NS-Wirtschaft als Elitenverschwörung. Franz Neumanns »Behemoth« und die Nürnberger Prozesse.

Carola Sachse (Wien): Revisited: Primat der Politik, Primat der Ökonomie.

Werner Plumpe (Frankfurt am Main): Kommentar.

Jörg Osterloh (Frankfurt am Main): Monopole und ihre Herren. Die marxistische Interpretation.

Tim Schanetzky (Jena): Jubiläen und Skandale. Die lebhafte Kampfsituation der achtziger Jahre.

Kommentar: Neil Gregor (Southampton)

Zweite Sektion: Erträge der Forschung

Cornelia Rauh (Hannover): Gleichgeschaltete „Bürgerlichkeit". Oder: Was wurde aus dem Wirtschaftsbürgertum?

Constantin Goschler (Bochum): Zwangsarbeit und „Vernichtung durch Arbeit".

Harold James (Princeton): Kommentar.

Jonas Scherner (Mannheim): Wirtschaftsordnung und Rüstungswirtschaft.

Dieter Ziegler (Bochum): „Arisierung", Raub und Expansion

S. Jonathan Wiesen (Carbondale): Kommentar

Podiumsdiskussion: Gedächtnisse und Resonanzen
Einführende Bemerkungen: Tim Arnold (Berlin), Hans-Georg Soeffner (Essen)
Podium: Norbert Frei (Jena), José Brunner (Tel Aviv), Neil Gregor (Southampton), Helen Müller (Gütersloh), Lutz Niethammer (Jena)

Tagungsbericht *Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur*. 10.12.2009-12.12.2009, Jena, in: H-Soz-u-Kult 22.02.2010.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.